

Jugendproteste gegen den Wehrdienst

Schulstreiks gegen eine Wehrpflicht als Beginn des Dialogs nutzen

Martin Bieber

Nachdem Schülerinnen und Schüler Anfang Dezember 2025 bundesweit gegen eine Wehrpflicht auf die Straße gegangen sind, darf die Politik nicht mit Ablehnung reagieren. Sie muss den Sorgen und Bedürfnissen der jungen Generation offen begegnen. Nur wenn die Jugend einbezogen wird, werden Maßnahmen wie das Wehrdienstmodernisierungsgesetz oder ein potenzieller Gesellschaftsdienst Akzeptanz finden können.

Wehrdienstmodernisierungsgesetz

Anlass für die Demonstrationen am Freitag, den 5. Dezember 2025, war die Abstimmung im Deutschen Bundestag über den Gesetzentwurf „zur Modernisierung des Wehrdienstes“ (Wehrdienstmodernisierungsgesetz, WDMoDG).

Nach Inkrafttreten am 1. Januar 2026 müssen in Zukunft alle 18-jährigen Männer Fragebögen ausfüllen und alle ab dem 1. Januar 2028 geborenen Männer später zu einer Musterung erscheinen. Die Beantwortung des Fragebogens und die Musterung sind für Frauen gemäß Grundgesetz nicht verpflichtend. Der eigentliche Dienst bei der Bundeswehr bleibt weiterhin freiwillig, es handelt sich nicht um die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Wird das Personalziel von 260.000 aktiven Soldatinnen und Soldaten bis 2035 jedoch nicht erreicht, soll der Bundestag später über eine Bedarfswehrpflicht entscheiden können.

Bundesweite Schulstreiks

Parallel zur Debatte im Bundestag hatte die Initiative „Schulstreik gegen Wehrpflicht“ zu Kundgebungen in 90 Städten aufgerufen. In größeren Städten waren die Teilnehmerzahlen teils im

dreistelligen Bereich. So kamen laut Polizei in Berlin 3.000 Personen und 1.000 in Potsdam zu den Demonstrationen. In Köln konnte man mehrere Hundert, in Dortmund fast 1.000 Menschen zählen. Zum 5. März 2026 hat die Initiative dazu aufgerufen, erneut gegen die Wehrpflicht und sogenannte Zwangsdienste zu demonstrieren.

Linksextremistische Verbindungen

Die wenigsten der Schülerinnen und Schüler, die sich am 5. Dezember den Märschen angeschlossen haben, dürften wissen, dass führende Figuren der Demo Mitglieder linksextremer Gruppen wie der *Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend* (SDAJ), der *Kommunistischen Jugend* oder der *Deutschen Kommunistischen Partei* sind, welche vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

Entsprechend polemisch und klassenkämpferisch fielen Parolen wie „die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft“ aus. Dass Russland gegen die Ukraine Krieg führt und die drei deutschen Nachrichtendienste erst im Oktober 2025 gemeinsam im Bundestag eindringlich vor der Bedrohung durch Russland warnten, wurde ausgeblendet.

Sicherheitspolitik an Schulen

Darüber sollte mit jungen Menschen gesprochen werden. Die Gründe, warum die Gesellschaft auf die aktive Teilnahme der jungen Generation angewiesen ist, müssen außerhalb von Talkshows und dem Bundestagsplenum erklärt werden – im direkten Dialog mit den Jugendlichen.

Jugendoffiziere müssen dafür regelmäßig in Schulen Gespräche führen und der Aufbau sicherheitspolitischer Kompetenz sowie die zeitgeschichtliche Kenntnis der aktuellen Konflikte sollte Ziel der Schulbildung werden. Eine eigene belastbare Expertise bietet Schutz vor Polemisierung und Manipulation durch Extremisten. Sie ermöglicht zugleich den fundierten Austausch mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern über die Fragen des Wehrdienstes, welche Jugendliche direkt betreffen und versachlichen die Debatte.

Sorgen der Jugend ernst nehmen

Die Initiatoren der Kundgebungen klagen: „Aber niemand redet mit uns. Niemand fragt uns, was wir wollen. Niemand will wissen, was wir dazu denken.“ Damit bilden sie offenkundig die Stimmung zahlreicher junger Menschen ab. Schon infolge der Coronapandemie, bei den Debatten um die Zukunft der Rente oder Finanzierungslücken im Bildungswesen sah sich die junge Generation über Gebühr beansprucht. Daher ist ihre Frage legitim, warum sie nun abermals mit dem Wehrdienst für die ältere Generation eine schwere Last auf sich nehmen sollte.

Dass junge Menschen gegen einen Wehrdienst auf die Straße gehen, ist zunächst einmal ein gutes Zeichen für eine lebendige Demokratie und den Willen der Jugendlichen, am politischen Verfahren teilzuhaben. Diese Willensbildung in der Jugend zu begleiten, darf aber nicht kommunistischen Randgruppen überlassen werden.

Die politischen Parteien sind gefordert, der Jugend mit Respekt und Ernsthaftigkeit zu begegnen und ihren berechtigten Bedenken Aufmerksamkeit zu schenken sowie die Gründe für Reformen zu erklären. Die Demokratie, die Familie und die Heimat sind es wert, verteidigt zu werden. Mit Blick auf die Menschenrechtsverletzungen durch Russland ist dies ohne Frage vermittelbar. Jugendliche, welche „gute Bildung, echte Zukunftschancen und ein Leben ohne Zwang und Drill“ fordern, müssen sich fragen, ob diese Werte nicht verteidigt werden sollten, wenn sie von außen bedroht werden.

Je intensiver und aufrichtiger der Dialog über Sicherheitspolitik geführt wird, desto mehr werden Jugendliche Reformen akzeptieren können.

Während Schülerinnen und Schüler also darauf achten sollten, sich nicht von Linksextremisten instrumentalisieren zu lassen, müssen Politik und Gesellschaft ein offenes Ohr für die Bedenken der Jugend haben und mit ihr das Gespräch auf Augenhöhe führen.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Martin Bieber

Referent Bundeswehr und Gesellschaft

martin.bieber@kas.de

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).